

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

68. Sitzung
16. April 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 17.25 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Hat der angekündigte Wechsel in der Leitung des Berliner Landesinstituts für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLIQ) Auswirkungen auf die geplante Neufassung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Staatsprüfung für Lehrämter (VSLVO), also die Neuausrichtung des Berliner Referendariats?“
(Fraktion der CDU)
- „Wird die Senatorin nach dem Bericht der Morgenpost, dass selbst von einer Beispielgruppe von 17 Kindern mit Förderprognose zwischen 1,0 und 1,9 nur 3 Kinder den sogenannten Probeunterricht bestehen, endlich Konsequenzen ziehen und den Probeunterricht reformieren oder abschaffen?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Wie erklärt die Senatorin das Zustandekommen und die vorausgesetzte Rechtmäßigkeit ihrer in der Plenarsitzung vom 23.03.2026 getätigten Aussage, dass es ein Verfahren gegen die Neuköllner Jugendstadträtin wegen Strafvereitelung im Amt geben wird?“
(Fraktion Die Linke)

Mündlich wird folgende Frage gestellt:

„Wie werten Sie es denn vor dem Hintergrund Ihrer Äußerung ‚Die geringen Bestehensquoten beim Probeunterricht bestätigen die Förderprognosen der Grundschulen‘, dass über 80 Prozent der Sechstklässler mit einer gymnasialen Empfehlung und ausschließlich 1er-Schüler bei den Aufgaben zum Probeunterricht scheiterten?“
(Fraktion der SPD)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) beantwortet diese sowie die mündlichen Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) berichtet und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe. Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Tabor (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Tabor (AfD) mit der Kandidatur fest.

Die AfD-Fraktion beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl vor, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.
- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Frau Abg. Kittler (LINKE) werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.
- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der wahlberechtigten, anwesenden Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), und Frau Abg. Kittler (LINKE) nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 20 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 17 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Tabor (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0414](#)
Neurodivergenz in der Schule: Gemeinsam Wege zum Lernerfolg finden BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0398](#)
Inklusion statt Nichtbeschulung? Welche Pläne hat der Bildungssenat für neurodiverse Schüler*innen? BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0395](#)
Drucksache 19/2824 BildJugFam
Berliner Schulen endlich zu Lernorten für neurodivergente junge Menschen entwickeln

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu den Punkten 3 a) und 3 b) der Tagesordnung eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Khalatbari (CDU) und Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) begründen den Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a) der Tagesordnung.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 b) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen und den Antrag zu Punkt 3 c) der Tagesordnung.

Zu den Punkten 3 a) und 3 b) der Tagesordnung nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Christine Braunert-Rümenapf, Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen,
- Herr Matthias Siebert, Erster Vorsitzender des Landesverbandes Schulpsychologie Berlin e.V.,
- Frau Ulrike Stein, Schulleiterin an der Schule am Park,
- Frau Zehra Wellmann-Sam, Mitinitiatorin des Bündnisses Bunte Bildung Berlin, und
- Frau Dr. Bärbel Wohlleben, stellvertretende Vorsitzende, Autismus Deutschland Vereinigung zur Förderung von Menschen mit Autismus Landesverband Berlin e.V.

Frau Wellmann-Sam nimmt digital an der Anhörung teil.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Herr Duveneck (SenBJF) und Herr Heuel (SenBJF) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach der Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu den Punkten 3 a) und 3 b):

Die Besprechungspunkte werden vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Zu Punkt 3 c):

Der Antrag – Drucksache 19/2824 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0318](#)
**Inklusion von allen Kindern und Jugendlichen:
Wieso macht der Senat eine Rolle rückwärts?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0334](#)
**Aktueller Stand der Inklusiven Bildung in Berlin:
Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0338](#)
**Bedarfe und Entwicklungsperspektiven von Förder-
zentren**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam
- Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 05.06.2025
- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0299](#)
Drucksache 19/2092
**Gelungende Inklusion in Schule I: Bessere Hilfepla-
nung und Abstimmung zwischen Schule und Ein-
gliederungshilfen** BildJugFam
- e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0300](#)
Drucksache 19/2093
**Gelungende Inklusion in Schule II: Hausunterricht
modernisieren und digitale Lösungen für chronisch
kranke Schüler*innen** BildJugFam
- f) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0301](#)
Drucksache 19/2094
**Gelungende Inklusion in Schule III: Inklusive Ge-
meinschaftsschwerpunktschulen anstatt mehr För-
derzentren** BildJugFam
- g) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0302](#)
Drucksache 19/2095
**Gelungende Inklusion in Schule IV: Inklusive Fort-
bildungsoffensive für Fachkräfte initiieren!** BildJugFam
- h) Antrag der AfD-Fraktion [0320](#)
Drucksache 19/2243
**Inklusion mit Augenmaß – Förderschul-Garantie-
Gesetz** BildJugFam(f)
ArbSoz*

- i) Antrag der Fraktion Die Linke [0341](#)
Drucksache 19/2424 BildJugFam
Rückschlag für die schulische Inklusion durch die neue Zumessungsrichtlinie verhindern!
- j) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0361](#)
Drucksache 19/2514 BildJugFam
Inklusive Bildung stärken – Inklusion auch am Gymnasium umsetzen Haupt
- k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin [0327](#)
Drucksache 19/2281 BildJugFam
Dritte Verordnung zur Änderung der Sonderpädagogikverordnung
– VO-Nr. 19/248 –
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Punkte 4 a), 4 b) und 4 c) bereits auf der Tagesordnung der 54. Sitzung am 5. Juni 2025 standen und zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt wurden. Dieses Wortprotokoll liegt vor.

Die Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass zu Punkt 4 h) der Tagesordnung die Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses für Arbeit und Soziales vorliegt. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag – Drucksache 19/2243 – abzulehnen. Außerdem liegt zu diesem Punkt die Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vor.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet die Anträge zu den Punkten 4 d) bis 4 g) sowie 4 j) und den Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 k) der Tagesordnung.

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet den Antrag zu Punkt 4 h) der Tagesordnung.

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Antrag zu Punkt 4 i) der Tagesordnung.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu den Punkten 4 a), 4 b) und 4 c):

Die Besprechungen werden abgeschlossen.

Zu Punkt 4 d):

Der Antrag – Drucksache 19/2092 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum „1. September 2026“ abgelehnt.

Zu Punkt 4 e):

Der Antrag – Drucksache 19/2093 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum „1. September 2026“ abgelehnt.

Zu Punkt 4 f):

Der Antrag – Drucksache 19/2094 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum „1. September 2026“ abgelehnt.

Zu Punkt 4 g):

Der Antrag – Drucksache 19/2095 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum „1. September 2026“ abgelehnt.

Zu Punkt 4 h):

Der Antrag – Drucksache 19/2243 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Zu Punkt 4 i):

Der Antrag – Drucksache 19/2424 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Zu den Punkten 4 d) bis 4 i) der Tagesordnung ergehen entsprechende Beschlussempfehlungen an das Plenum.

Zu Punkt 4 j):

Der Antrag – Drucksache 19/2514 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum „1. September 2026“ abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Zu Punkt 4 k):

Die Besprechung wird vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3006
**Katastrophenschutz und Notfallvorsorge an Berliner
Schulen stärken**

[0415](#)
BildJugFam

Herr Abg. Bocian (CDU) begründet den Antrag zu Punkt 5 der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 19/3006 wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum „31. August 2026“ angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste 69. Sitzung findet am Donnerstag, dem 30.04.2026, um 14.00 Uhr, statt.

Die Vorsitzende

Der amtierende Schriftführer

Sandra Khalatbari

Marcel Hopp
(stellv. Vorsitzender)